

An die
Mülheimer Medien

28. September 2026

CDU und SPD kritisieren Kommunikation der Autobahn GmbH bei A40-Planungen

Die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr begleiten die Planungen zum Ausbau der A40 weiterhin kritisch. Im Mittelpunkt der Kritik steht dabei zunehmend die aus Sicht beider Fraktionen unzureichende Kommunikation der Autobahn GmbH.

„Wir erwarten von der Autobahn GmbH eine transparente und nachvollziehbare Kommunikation über die weiteren Planungen. Seit geraumer Zeit liegen zahlreiche Fragen zu den verkehrlichen, finanziellen und städtebaulichen Auswirkungen des Vorhabens vor, ohne dass diese bislang ausreichend beantwortet wurden“, erklären die Sprecher des Mobilitätsausschusses von CDU und SPD Dr. Roland Chrobok und Carsten Trojahn.

Gerade bei einem Projekt von dieser Größenordnung sei es nicht akzeptabel, dass wesentliche Fragen zur zukünftigen Verkehrsführung und zur konkreten Ausgestaltung der Infrastruktur offenbleiben. Inzwischen haben sich weitere Fragen ergeben, die von CDU und SPD im kommenden Mobilitätsausschuss thematisiert werden sollen.

Besonders kritisch sehen beide Fraktionen die Diskussion über einen lediglich abschnittsweisen Ausbau der A40. Solange nicht klar dargestellt wird, wie die Verkehrsinfrastruktur auf dem entscheidenden Streckenabschnitt zwischen Mülheim-Heißen und Essen-Zentrum langfristig funktionieren soll, bleiben aus Sicht von CDU und SPD wesentliche Fragen unbeantwortet. Auch die mögliche Engstelle im Bereich Essen-Zentrum müsse bei allen Planungen berücksichtigt werden. Ferner sind Anwohnerinteressen hinreichend zu berücksichtigen.

Klare Forderung für die Mellinghofer Straße

Unabhängig von der weiteren Ausgestaltung des A40-Ausbaus besteht für CDU und SPD eine klare Erwartung für den Bereich der Mellinghofer Straße: Sollte die dortige Brücke im Zuge eines Ausbaus der A40 erweitert oder vollständig neu gebaut werden, muss sie von vornherein ausreichend dimensioniert werden.

Die Unterführung unter der A40 muss nach den Vorstellungen von CDU und SPD genügend Platz für alle erforderlichen Fahrspuren, sichere und ausreichend dimensionierte Fuß- und Radwege sowie eine Straßenbahn mit eigener Trasse bieten. Eine heute zu knapp bemessene Brücke, die zukünftige Verkehrsentwicklungen bereits bei ihrer Planung einschränkt, soll ausdrücklich vermieden werden.

„Wenn an dieser Stelle ohnehin in die Infrastruktur eingegriffen wird, muss die Chance genutzt werden, eine zukunftsfähige Lösung zu schaffen. Eine neue oder ausgebaut Brücke darf nicht nur für den heutigen Bedarf geplant werden. Sie muss den notwendigen Raum für den motorisierten Verkehr, den Fuß- und Radverkehr sowie eine leistungsfähige Straßenbahntrasse sichern“, so Chrobok und Trojahn dazu abschließend.